

NEWSLETTER

des SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels

- FÜR MITGLIEDER IM WAHLKREIS - ALS DOWNLOAD - IM ABO -

66. Ausgabe / 17. Dezember 2020



FROHE WEIHNACHTEN
UND EIN GUTES NEUES JAHR

LIEBE LESERINNEN

UND LIEBE LESER,

Weihnachten steht vor der Tür. Ein Weihnachten wie wir es so wohl alle noch nicht gehabt haben. Corona hat uns weiterhin fest im Griff.

Zum Fest der Liebe bitte ich Euch und Sie alle, weiterhin große Vorsicht walten zu lassen. Die Zahl der Infizierten steigt wieder und damit einhergehend auch die Zahl der Patienten auf den Intensivstationen und an den Beatmungsgeräten.

Auch wenn uns das Thema Corona so langsam an die Nerven geht, wir müssen weiterhin vorsichtig sein.

Noch in diesem Jahr wird in Deutschland ein Impfstoff zugelassen werden, und wir können schrittweise - beginnend mit den Risikogruppen - mit den Impfungen anfangen.

Weiter auf Seite 7

SIEBELS: AUCH HAUSHALT 2021 EINE ANTWORT AUF DIE CORONA-KRISE

Für das Jahr 2021 hat der Niedersächsische Landtag einen Haushaltsplan mit einem Gesamtvolumen von 35,9 Milliarden Euro verabschiedet. Natürlich standen die Haushaltsberatungen unter dem starken Eindruck der Corona-Pandemie.

„Die Pandemie hat dramatische medizinische und gesundheitliche, aber auch gravierende soziale und wirtschaftliche Folgen. Auch wenn wir im internationalen Vergleich aktuell noch glimpflich durch die Krise kommen, sind sowohl die medizinischen als auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie gewaltig.“ sagt MdL Wiard Siebels, aus Aurich, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.

Bei der Bekämpfung der Pandemie habe das Land durch schnelles und konsequentes Handeln durch den 1. Nachtrag mit einem Volumen von 4,4 Milliarden Euro und den 2. Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 8,4 Milliarden Euro deutlich unter Beweis gestellt, dass Politik und Verwaltung des Landes Niedersachsen zu jeder Zeit handlungsfähig waren und sind.

Auch mit dem Haushalt 2021 werde das Land der Krise mit Finanz- und Soforthilfen begegnen, mit all ihren Folgen und finanziellen Konsequenzen für unser Gesundheitssystem, unsere Kommunen, die Wirtschaft und unser Gemeinwesen - das alles mit Augenmaß. Denn trotz der Krise wollen wir, so Siebels weiter, die Strukturen erhalten, den Bürgerinnen und Bürgern auch in der Krise Verlässlichkeit geben und die Zukunft unseres Landes weiterhin aktiv mitgestalten.

Die Corona Pandemie schlage sich nicht nur auf der Ausgabenseite nieder. Die November-Steuerschätzung habe deutlich gemacht, dass uns in den Jahren 2021 bis 2024 rund 870 Mio. Euro an Einnahmen fehlen. Diese Mindereinnahmen dürften den Konsolidierungsdruck der kommenden Jahre noch einmal verstärken.

Dabei sei aber auch klar, dass es mit der SPD-Fraktion kein Kaputtsparen in der Krise geben werde. Siebels plädierte dafür, die Regelung der Schuldenbremse auf Bundesebene grundsätzlich zu überarbeiten. Deutschland brauche jetzt, um notwendige Investitionen, um die Zukunftsfähigkeit des Landes sicherzustellen. ■





IN DEN PROTEST DER MITARBEITER und der Gewerkschaft IG Metall Emden gegen die Schließung des Georgsheiler Zweigwerkes des Automobilzulieferers Linde + Wiemann haben sich Niedersachsens Umweltminister Olaf Ölies und der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels eingereicht. Das Unternehmen mit

seinem Stammsitz in Dillenburg/Hessen hat weitere Standorte in Hagenbach/Rheinland-Pfalz, Ingolstadt und Elstra/Obersausitz sowie in Spanien, Tschechien, Ungarn, China, Südafrika, der Türkei und den Vereinigten Staaten. Nach der Schließung des Standortes Georgsheil baut das Unternehmen in Bremen ein neues Werk auf.

SIEBELS: DIE GRÖSSTE GEFAHR GEHT VON DEN CORONA-LEUGNERN AUS

Der Corona-Sonderausschuss des Landtags zieht bereits erste Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie. Bei einer Anhörung von Juristen zur parlamentarischen Arbeit in Zeiten einer Pandemie sieht der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels, das Vorgehen in Niedersachsen bestätigt. Neben den Vorgaben, die das Bundesinfektionsschutzgesetz den Landesregierungen macht, werde hier auch das Parlament durch Sondersitzungen des Landtages und Anhörungen des Sozial- und Corona-Ausschusses ausführlich beteiligt. Dies entspräche den Vorgaben des Gesetzgebers und gehe sogar darüber hinaus - auch den Vorgaben der Landesverfassung werde damit ausdrücklich Genüge getan, erläutert Siebels weiter. Teile der Opposition hatten eine Verlagerung dieser Entscheidung gefordert. „Durch Regelungen, die Teile der Opposition fordern, kommt es nur zu Kompetenzwirrwarr und zu einem schlechteren Rechtsschutz für die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen in einem so dynamischen Infektionsgeschehen weiterhin eine handlungsfähige Regierung und einen effektiven Rechtsschutz der Bevölkerung.“ so Siebels in Hannover. Siebels zitiert abschließend den früheren Präsidenten des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes, der darauf hingewiesen habe, dass die Gefahr nicht von einer ungenügenden Parlamentsbeteiligung ausgehe, sondern von Corona-Leugnern. ■

WIARD SIEBELS: ENDLICH STOPP VON LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGEN

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels freut sich, dass das Bundeskabinett das Arbeitsschutzkontrollgesetz auf den Weg gebracht hat: „Mit diesem Gesetz werden endlich sichere und geordnete Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie hergestellt. Der Stopp von Werkverträgen und Leiharbeit beendet ein ausbeuterisches Geschäftsmodell.“ CDU und CSU hätten sich auf Bundesebene zu lange gegen diesen Vorstoß gewehrt. Die SPD sei standhaft geblieben und habe damit den Weg frei gemacht, dass diese desaströsen Geschäftsmodelle in der Fleischindustrie beendet werden. Auch die feste Tarifbindung sei ein enormer Meilenstein. Die Corona-Pandemie habe die Abgründe und Schattenseiten wie durch ein Brennglas verdeutlicht: „Schlechte Arbeitsbedingungen, mangelhafte Hygiene und Sammelunterkünfte haben maßgeblich dazu beigetragen, dass in vielen Schlachthöfen Corona-Hotspots entstehen konnten“, so Siebels. Außerdem habe das Konstrukt von Werkverträgen und Leiharbeit auch dazu geführt, dass Mitarbeiter fehlten, um Schlachtüberhänge abzarbeiten. „Dieses Gesetz ist eine gute Nachricht für die zehntausenden Beschäftigten in der Fleischindustrie. Auch in Niedersachsen spielt dieser Industriezweig eine essenzielle Rolle. Durch den Erfolg der SPD auf Bundesebene werden auch die Beschäftigten in Niedersachsen endlich angemessen geschützt“, macht deutlich. ■

NIEDERSACHSEN MACHT BEI KLIMASCHUTZ ERNST - EIN SIGNAL AN DEN BUND

Der Klimaschutz gehört zu den drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Die SPD-Fraktion hat sich deshalb für weitreichende Änderungen im Niedersächsischen Klimaschutzgesetz ausgesprochen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels, bekräftigt, wie wichtig dieser Schritt sei: „Zwar ist die Bewältigung der Corona-Krise momentan das allumfassende Ziel, jedoch dürfen wir andere entscheidende Anliegen nicht aus dem Blick verlieren. Wir nehmen den Umwelt- und Klimaschutz sehr ernst; denn die Verantwortung, die wir alle tragen, ist immens. Wir können den Klimaschutz nicht den nachkommenden Generationen überlassen, sondern müssen jetzt entschlossen handeln!“ Die neuen Vorschläge beinhalten, die Gesamtemissionen zum Vergleichsjahr 1990 von der ursprünglichen Reduzierung auf 80 bis 95 Prozent bis 2050 noch einmal zu schärfen und stattdessen bereits bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Außerdem soll die bilanzielle Deckung des Energiebedarfs in Niedersachsen durch erneuerbare Energien von ursprünglich 2050 auf 2040 vorgezogen werden. Die ambitionierteren Ziele wertete Siebels auch als Signal an den Bund, mit der Energiewende endlich voranzukommen. Mit dem Klimaschutzgesetz werde nach dem Niedersächsischen Weg wohl noch in diesem Jahr ein weiterer Baustein für mehr Klima-, Umwelt- und Artenschutz beschlossen - aber mit Zukunftsperspektiven für die Wirtschaft. ■

600.600 EURO FÜR TABLETS AN DEN LANDKREISSCHULEN

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels freut sich, dass aus dem vom Bund mit 5 Milliarden Euro ausgestatteten DigitalPakt Schule (Sofortausstattungsprogramm) 47.049.650 Euro an das Land Niedersachsen gehen. Einschließlich des 10-prozentigen Eigenanteils (4 704 965 Euro stehen somit 51 754 615 Euro zur Verfügung.

„Dank der Finanzmittel aus dem Digitalpakt sind die Schulträger trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie damit finanziell in der Lage, den Schulen eine digitale Lernumgebung auch kurzfristig zur Verfügung zu stellen“, bewertet Siebels die Bewilligung der Mittel. Damit könne ein weiterer Schritt in die richtige Richtung zur Schaffung der digitalen Lernumgebung für unsere Schulen erfolgen.

Ein großes Dankeschön stattete der Landtagsabgeordnete dem hiesigen Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff ab, der sich in Berlin für den Digitalpakt stark gemacht hatte. Die 90-prozentige Finanzierung durch den Bund sei beispielhaft, sagte Siebels.

Er berichtet weiter, dass allein auf den Landkreis Aurich 600.523 Euro entfallen. Rund 1.100 Tablets kann der Landkreis Aurich jetzt seinen Schulen für den Online-Unterricht zur Verfügung stellen. Der Landkreis Aurich hat mit den auf ihn entfallenden Mitteln aus dem Digitalisierungspaktes im Frühjahr zunächst die Datenverkabelung in den Schulen erneuert, um überall schnelles Internet zu garantieren. Erste Endgeräte für die Schulen hat der Landkreis aus einem

anderen Topf finanziert.

Und für die Betreuung dieser digitalen Infrastruktur in den Schulen konnte der Landkreis Aurich drei Mitarbeiter neu einstellen, die zum 1. Januar 2021 ihren Dienst antreten werden. Auch die Finanzierung dieser Personalkosten erfolgt aus dem Topf des Digitalisierungspaktes.

Die Stadt Aurich bekommt 126.553 Euro, Großefehn 43.369 Euro, Großheide 24.673 Euro, Ihlow 38.449 Euro, Südbrookmerland 43.278 Euro und die SG Brookmerland 73.414 Euro. Daneben erhält der Verein

zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V. Aurich 10.259 Euro und der Verein Leinerstift e.V. 4.766 Euro.

Auch in den Nachbar-Wahlkreisen Wittmund/ Inseln fließen entsprechende Fördersummen: LK Wittmund 201.706 Euro, Baltrum 1.312 Euro, Dornum 14.760 Euro, Friedeburg 13.557 Euro, Juist 2.879 Euro, Dornum 14.760 Euro, SG Esens 18.696 Euro, Friedeburg 13.557 Euro, SG Holtriem 14.514 Euro, Stadt Norderney 14.614 Euro, Stadt Wiesmoor 61.445 Euro sowie Stadt Wittmund 33.256 Euro. ■



SIEBELS: NIEDERSACHSEN KANN MIT DEN „ROTEN GEBIETEN“ JETZT BESSER LEBEN

„Der unermüdliche Einsatz unseres Umweltministers Olaf Lies und der Landwirtschaftsministerin gegenüber dem Bund haben sich ausgezahlt. Die neue Gebietskulisse der ‚Roten Gebiete‘ konnte von 39 auf rund 26 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Niedersachsen verringert werden. Zur dieser Gebietskulisse kommen weitere fünf Prozent Flächen durch neue Vorgaben hinzu, sodass die Gesamtgebietskulisse nach aktuellem Stand 31 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Niedersachsens umfasst“, erklärt Wiard Siebels, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Die im Frühjahr des Jahres in Kraft getretene Düngerverordnung verpflichtete die Bundesländer, nitrat- und phosphat-sensible Bereiche – die so genannten Roten Gebiete – auszuweisen. Im September haben Bund und Länder darüber hinaus die Allgemeine Verwaltungsvorschrift verabschiedet, um sicherzustellen, dass diese Gebiete von den Ländern nach einer einheitlichen Vorgehensweise ausgewiesen werden. „Wir als SPD und speziell Umweltminister Lies haben uns gegenüber dem Bund vehement und erfolgreich für einen Niedersächsischen Weg eingesetzt, der eine stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzips bei der Gebietsausweisung vorsieht. Das heißt, dass neben wasserwirtschaftlichen Kriterien und Messwerten in die Ausweisung auch mit einfließt, wie viel Dünger auf die landwirtschaftlichen Flächen aufgebracht und abgefahren wird. Siebels weiter: „Wir müssen u.a. über Maßnahmen aus der Düngerverordnung dafür sorgen, dass unsere Grundwasserressourcen nachhaltig gesichert wird.“ Die stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzips führe auch dazu, dass Grünland, auf dem das Auswaschungsrisiko von Nitrat und Phosphat sehr gering ist, kaum noch in der künftigen Gebietskulisse der Roten Gebiete auftauche. ■

SIEBELS: DIE WINDENERGIE FÖRDERN UND GELDER FÜR DIE ENDLAGERSUCHE

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels aus Aurich lobt die zusätzlich bereitgestellten Mittel für die Standortsuche eines atomaren Endlagers. „Deutschland hat den Weg raus aus der Atomenergie beschlossen. Nun gilt es, bis zum Jahr 2031 ein Endlager für den atomaren Müll zu finden. Uns ist dabei ein transparentes und bürgerbegleitetes Auswahlverfahren eines Standorts wichtig“, erklärt der SPD-Politiker. „Daher stellen wir zusätzlich 600.000 Euro bereit, um die bundesweite Standortsuche für ein Atommüllendlager zu begleiten.“ Hiermit könnten betroffene Kommunen Informationsveranstaltungen finanzieren und Leistungen Dritter in Anspruch nehmen, z.B. Sachverständigenkosten. Auch Niedersachsen sei bei der vorläufigen Ausweisung der Gebietskulisse betroffen, und daher bestünde ein Informationsbedürfnis seitens der Bevölkerung. Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie sei jedoch auch eine Energiewende verbunden. Als Windenergie Land Nr. 1 sei Niedersachsen für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet. „Für das Erreichen der Klimaziele ist die Transformation der Energieversorgung und somit das Gelingen der Energiewende von zentraler Bedeutung“, bekräftigt Siebels. „Wir müssen die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen. Hierbei wollen wir auch die Kommunen unterstützen, um den Ausbau von Windenergieanlagen an Land zu beschleunigen.“ Zusätzlich stelle das Land 200.000 Euro für die Beratung von Kommunen bei Konflikten im Zuge der Errichtung von Windkraftanlagen bereit. Dass der Ausbau der Windenergie nur schleppend vorankomme, liege auch daran, dass etwa drei Viertel bereits genehmigter Windenergieanlagen vor Gericht beklagt würden und der Ausbau so gestoppt werde. Das Ziel müsse sein, bereits im frühen Planungsstadium etwaige Konflikte mit Anwohnern oder Artenschützern zu vermeiden.“ ■

MEHR SCHUTZ FÜR DIE EHRENAMTLICHEN UND DAS EHRENAMT SELBST

Zum internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember hat der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels das folgendes Statement abgegeben: „Das Ehrenamt ist die tragende Säule unserer Gesellschaft. Ohne das bürgerschaftliche Engagement der vielen Menschen in Gemeinden und Städten, in Vereinen, Organisationen, Initiativen und Kommunalparlamenten, wäre ein Alltag in unserer Gesellschaft nicht denkbar. In einer sich konstant verdichtenden und komplexer werdenden Arbeitswelt wird es für viele Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, aber auch immer schwieriger, Familie, Beruf und Ehrenamt unter einen Hut zu bringen. Wir haben im Landtag eine Enquetekommission ins Leben gerufen, die sich mit der Stärkung des Ehrenamts befasst und binnen des nächsten Jahres konkrete Vorschläge liefern soll. Gleichzeitig haben mich und wohl auch uns alle zu Jahresanfang die Meldungen von Übergriffen auf Rettungskräfte, Angriffen auf Ehrenamtliche und Bedrohungen von Kommunalpolitikern tief erschüttert. Für uns als SPD-Fraktion ist klar, dass jede und jeder, der sich in seiner Freizeit für andere engagiert, bestmöglich geschützt werden muss. Bedrohungen, Anfeindungen und gewalttätige Angriffe gegen Ehrenamtlicher darf unsere Gesellschaft nicht tatenlos hinnehmen. Wir stehen an der Seite der Engagierten in unserem Bundesland, wollen die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit für Mensch und Natur verbessern und den Schutz der Ehrenamtlichen vor Hass, Hetze und Gewalt deutlich verbessern!“

AIDS DARF WEGEN CORONA NICHT INS HINTERTREFFEN GERATEN

Am 1. Dezember, dem Welt-Aids-Tag, erinnerte MdL Siebels an die Menschen, die an den Folgen einer HIV-Infektion verstorben sind. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion mahnte davor, dass der Kampf gegen Aids durch die Corona-Pandemie nicht ins Hintertreffen gerate: „Es darf nicht sein, dass die Ausbreitung von HIV durch das Coronavirus beschleunigt wird. HIV ist noch immer nicht besiegt, wenngleich die Infektion beherrschbarer geworden ist.“ Gerade in Entwicklungsländern sei die Verbreitung von Aids weiter dramatisch. Corona habe diese Lage massiv verschlimmert. Beim Kampf gegen Aids würden wir - global gesehen - um Jahre zurückgeworfen. Therapien würden durch zusammen gebrochene Lieferketten pausiert, die Medikamente kämen nicht mehr bei Empfängern an. Gerade in ärmeren Teilen der Welt sei der Anstieg von HIV-Infektionen signifikant gestiegen. Es sei daher wichtig, dass Deutschland seine Bemühungen zum Kampf gegen HIV auch global weiter intensivere. Doch auch regional könne wichtige Arbeit gegen Aids geleistet werden. Die Regierungsfraktionen von SPD und CDU hätten daher die Aidshilfe mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 80.000 Euro gestärkt. Hiermit solle die wichtige Arbeit der Aidshilfe in unserem Bundesland in diesen schwierigen Zeiten zusätzlich unterstützt werden. Die SPD-Landtagsfraktion habe anlässlich des Welt-Aids-Tages zu mehr Solidarität mit und Empathie für die Menschen mit einer HIV-Infektion aufgerufen.

30 MIO. EURO ZUSÄTZLICH FÜR MEHR SCHULBUSSE - INFESTIONEN VERMEIDEN

Die SPD-geführte Landesregierung trägt dafür Sorge, dass sich die Situation im Schülerverkehr entspannt. „Wir sorgen in den Bussen und Bahnen für mehr Platz und bessere Hygiene. Durch zusätzliche 30 Mio. Euro sorgen wir für mehr Fahrzeuge und damit einen besseren Infektionsschutz“, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels. „Um den Infektionsschutz zu gewährleisten und eine Ansteckung mit dem Coronavirus zu vermeiden, müssen die Schülerverkehre entzerrt werden und überfüllte Busse im Winter der Vergangenheit angehören“, sagt Siebels. Die SPD-geführte Landesregierung habe deshalb 30 Mio. Euro aus dem COVID-19-Sondervermögen mobilisiert. Diese Summe werde den Kommunen als Aufgabenträger für den ÖPNV zusätzlich zur Verfügung gestellt. Aufgrund der beginnenden kalten Jahreszeit dränge die Zeit. Kommunen müssten schnell in die Lage versetzt werden, Schülerverkehre zu entzerren. Wenn die Kapazitäten bei den Unternehmen nicht ausreichten, sei auch der Einsatz von Reisebussen oder ein landesweiter Bus-Pools möglich. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, dass sie zusätzliche Fahrzeuge oder weitere Fahrzeugumläufe anbieten können. Um Mindestabstände auch im ÖPNV sicherzustellen, müssten die Platz- und Beförderungskapazitäten erhöht werden. Ziel müsse sein, zusammen mit dem Tragen von Alltagsmasken den Schutz der Fahrgäste bestmöglich zu gewähren und Infektionen zu vermeiden.



EINER DER ERSTEN GRATULANTEN nach der überzeugenden Wahl von Hange Ukena zum neuen Vorsitzenden des SPD-Gemeindeverbandes Südbrookmerland war der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels aus Aurich. Hange Ukena tritt die Nachfolge des Südbrookmerlander SPD-Urgesteins Hinni Albrecht an. Siebels richtete deshalb auch herzliche Dankesworte an Hinni Albrecht und den scheidenden Vorstand. Mit Hange Ukena sei der Generationswechsel in Südbrookmerland eingeleitet.

WEGEN CORONA 2021 BUNDESWEIT 5 MIO. EURO FÜR DIE TIERHEIME

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für den Haushalt 2021 fünf Mio. Euro an Corona-bedingten Hilfen für Tierheime beschlossen. Diese sollen als einmalige Betriebskostenzuschüsse erfolgen. Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels begrüßt dieses wichtige Signal: „Diese Mittel sind ein richtiges und notwendiges Zeichen für die Tierheime in Deutschland. Es freut mich, dass damit die Arbeitsfähigkeit der häufig ehrenamtlich organisierten Heime während der Corona-Pandemie gestützt werden kann!“ Siebels berichtet, dass die Tierheime nicht selten 50 Prozent weniger Spendeneinnahmen zu verzeichnen haben und sich um das Wohl ihrer Tiere sorgen müssen. „Wenn Einnahmen durch Spenden ausbleiben, müssen wir uns nichts vormachen: Der Tierschutz leidet massiv“, sagt Siebels. Rückläufige Spenden und Investitionsrückstände hätten die Situation der Tierheime während der Corona-Krise nochmals massiv verschärft. ■

WIARD SIEBELS: LANDTAGSARBEIT AUCH IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Das öffentliche Leben und auch die Arbeit des Landtages hätte durch die Corona-Pandemie erhebliche Einschränkungen erfahren, schildert der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels: „Das Parlament kommt auch in der Krise seiner Aufgabe nach – das Plenum tagt und auch die Fachausschüsse arbeiten weiter.“ Während Plenarsitzungen unter strenger Einhaltung von Abstand- und Hygieneregeln stattgefunden hätten, seien Ausschüsse und Arbeitskreise auf ein Minimum heruntergefahren worden. „Es ist für niemanden absehbar, wie lange uns die Einschränkungen und Risiken des Coronavirus begleiten werden. Nach der Krise müssen wir evaluieren, welche der Änderungen und Neuerungen sich in Bezug auf die Geschäftsordnung auch in Zukunft als hilfreich erweisen können. Klar bleibt jedoch, dass die persönliche Diskussion und der Austausch von Argumenten – von Angesicht zu Angesicht – nicht vollständig zu ersetzen ist.“ ■



IHLOW ERHÄLT 1.817.529 EURO AN AUSGLEICHSZAHLUNGEN

Sehr erfreut zeigten sich Ihlows Bürgermeister Johann Börgmann und Kämmerer Harm Ubben über die Nothilfe des Bundes und des Landes zur Kompensation von Gewerbesteuerausfällen im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie.

Aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2020 wurde deutlich, dass die Städte und Gemeinden in Corona-Zeiten mit erheblichen Mindereinnahmen rechnen müssten.

„Wir brauchen starke Kommunen, um die Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten und Investitionen wieder hochzufahren,“ erklärten MdB Saathoff und MdL Wiard Siebels.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz habe deshalb den Solidarpakt für Städte und Gemeinden vorgeschlagen. Er umfasst zwei Elemente: die Alt-schuldenhilfe und die Nothilfe zur Kompensation von Gewerbesteuerausfällen, erklärten Saathoff und Siebels den Hintergrund für die Zahlungen.

„Wir freuen uns sehr über die Ausgleichszahlungen von Bund und Land“, betonte Ihlows Bürgermeister Johann Börgmann. Diese würden den Kommunen sehr durch die Krise helfen. Er dankte den Abgeordneten für ihren Einsatz. Beide seien immer bemüht, den Kommunen in ihrem Wahlkreis zu helfen und sie zu unterstützen. Auch bei diesem Thema habe sich wieder gezeigt, dass Ostfriesland in Berlin und Hannover gut vertreten sei.

Auch andere Kommunen haben

von Land und Bund Ausgleichszahlungen erhalten, erklärten Saathoff und Siebels. Die Kommunen im Landkreis Aurich erhalten über diesen Topf insgesamt 10.076.139 Euro.

Davon entfallen auf Großheide 146.575, auf Juist 572.305, die Krummhörn 511.782, Stadt Norden 4.092.932, Stadt Norderney 1.894.297, Stadt Wiesmoor 360.877 sowie 467.889 auf die Mitgliedsgemeinden der SG Brookmerland und 211.771 Euro insgesamt auf die Mitgliedsgemeinden der SG Hage. ■



BEDARFSZUWEISUNGEN FÜR GROSSEFEHN UND DORNUM

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels freut sich mit den Gemeinden Großefehn und Dornum, die als besonders finanzschwache Kommunen vom Land eine Bedarfszuweisung wegen besonderer Aufgaben erhalten.

Siebels berichtet, dass in den Ortsteilen Aurich-Oldendorf und Ostgroßefehn bisher eigene Ortsfeuerwehren bestehen. Die dortigen Gebäude würden jedoch in Bezug auf Größe und Ausstattung nicht mehr den arbeitsschutzrechtlichen sowie

sicherheitstechnischen Anforderungen entsprechen. Ein An- bzw. Umbau der Gebäude an den vorhandenen Standorten sei nicht möglich. Vor diesem Hintergrund seien der Zusammenschluss der beiden Wehren und die gemeinsame Unterbringung in einem neuen Gebäude im Zentrum der Gemeinde beabsichtigt. Die Investitionskosten für den Neubau werden mit 1.865.000 Euro angegeben; das Land beteiligt sich daran mit einer Bedarfszuweisung von 930.000 Euro.

Auch die Flächengemeinde Dornum (4.427 Einwohnern auf ca. 77 qkm Fläche) muss in ihre Freiwilligen Feuerwehren investieren, wobei dort fünf Ortsfeuerwehren den Brandschutz sicherstellen. Die Ortsfeuerwehr Nessmersiel verfügt über ein altes Feuerwehrhaus, das nicht mehr den betrieblichen Anforderungen und der Vorschriften der Feuerwehrrückfallkasse genügt. Dieses Feuerwehrhaus soll durch einen Neubau ersetzt werden. Die Kosten betragen 325.000 Euro; das

Land hilft mit einer Bedarfszuweisung von 160.000 Euro.

Der Abgeordnete Siebels sagt dazu: „Ich freue mich sehr, dass wir finanzschwache Kommunen so unterstützen können. Die Investitionen in die Freiwilligen Feuerwehren kommen uns allen zugute, insgesamt erhalten 38 finanzschwache Kommunen in Niedersachsen noch in diesem Jahr eine solche Bedarfszuweisung. Insgesamt werden dabei rund 19 Mio. Euro an Fördergeldern ausgeschüttet.“

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM LANDVOLK

„Wir gratulieren dem neuen Präsidenten des Landvolk Niedersachsen, Dr. Holger Hennies, sowie den weiteren neuen Vorstandsmitgliedern.“ hat der Abgeordnete Wiard Siebels die Neuwahl des Landvolk-Vorstandes kommentiert. Die Agrarpolitiker der SPD-Landtagsfraktion freuten sich bereits auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Verbandschef. Auch künftig gebe es viele Herausforderungen, denen die Fraktion mit dem Landvolk auf Augenhöhe und im Dialog begegnen wolle. Am Beispiel des Niedersächsischen Wegs für mehr Natur-, Arten- und Gewässerschutz zeige sich, dass gemeinsam am Verhandlungstisch Lösungen gefunden werden können, hinter denen sich sowohl die Landwirtschaft, als auch Naturschutzverbände und Politik vereinen können.

REGELSTUDIENZEIT UM EIN JAHR VERLÄNGERT

MdL Wiard Siebels begrüßt die Verlängerung der Regelstudienzeit um ein Semester. Der SPD-Politiker sieht darin eine wichtige Entlastung der Studierenden in Niedersachsen. „Die Studentinnen und Studenten sollen durch die Corona-Pandemie keine Nachteile haben“, betont Siebels. Die Corona-Pandemie sei für Studierende eine echte Belastungsprobe: Die Verlagerung der Vorlesungen in den digitalen Raum, die Reduzierung sozialer Kontakte sowie der Wegfall von Jobs und damit Geldsorgen gehörten zu den Herausforderungen. „Die Verlängerung der Regelstudienzeit entlastet die BAföG-Empfänger. Und wir haben damit im Blick, dass die Prüfungen für manche Studierenden durch die Umstellung auf digitale Lernformate schwerer sind“, schildert Siebels.

GEGEN SCHLIESSUNG VON RICHTSSTANDORTEN

„Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz möchte von 33 Insolvenzgerichten 22 schließen – dies halten wir als SPD-Fraktion für falsch. Wir wollen die Justiz in der Fläche, wir wollen Bürgernähe, wir wollen die Gerichte in der Mitte unserer Gesellschaft und lehnen eine Standortreform strikt ab!“ sagt der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels aus Aurich, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Die Bürgerfreundlichkeit der Justiz in der Fläche sei ein wichtiges Anliegen der SPD-Fraktion. Auch die Qualität und die quantitativ gute Arbeit seien zusätzliche Argumente gegen die Schließung von Standorten. Das Ziel sei, dass die Länder weiterhin die Zuständigkeit und die Standorte der Insolvenzgerichte bestimmen können.

Fortsetzung von Seite 1

Mir ist wichtig zu sagen, dass der Impfstoff zwar in einem beschleunigten Verfahren zugelassen wird, aber dennoch die ganz normalen Prüfungen durchläuft wie andere neu auf den Markt kommende Impfstoffe auch.

Eine Notfallzulassung gibt es bei uns nicht, die Prüfungen werden nur schneller und eben teilweise parallel durchgeführt - statt wie sonst nacheinander. Der Impfstoff ist damit so sicher wie alle anderen Impfstoffe, die wir kennen.

Bis dahin werden wir weiterhin mit Einschränkungen des täglichen Lebens zu tun haben.

Was mich jedoch freut ist, dass in dieser Situation auch so viele gute Eigenschaften zum Tragen kommen, Nachbarschaftshilfe, gegenseitige Hilfe in den Familien, Initiativen für Hilfsbedürftige und vieles, vieles mehr. Es sind diese Erlebnisse, die wir grade zur Weihnachtszeit in den Vordergrund stellen sollten.

Halten Sie also bitte weiterhin Abstand, aber halten Sie zusammen.

Ich wünsche Euch und Ihnen in besinnliches Weihnachtsfest und einen Guten Rutsch in ein sicherlich besseres Jahr 2021.

Bleiben Sie gesund!

Ihr



**WIARD
SIEBELS**

Niedersächsischer
Landtagsabgeordneter

**Impressum (V.i.S.d.P.):
Abgeordnetenbüro Siebels**

Dita Bontjer, Mitarbeiterin
Julianenburger Straße 33
26603 Aurich

Telefon: 04941 3387 u. 9806725

Telefax: 04941 9807462

eMail: buero@wiard-siebels.de

Newsletter Layout und Redaktion:
M. Galka, Aurich

Homepage:

www.wiard-siebels.de

VIEL EHR' FÜR SIEBELS UND NACKE

Das in der Landeshauptstadt an jedem Werktag erscheinende politische Insider-Medium „Rundblick“ kürt einmal im Monat den „Niedersachsen des Monats“. Diese Ehre wurde im November jedoch keiner einzelnen Person zuteil. Der Titel wurde an ein Duo vergeben - Siebels muss sich den Titel mit Jens Nacke teilen. Hier die Würdigung des gewöhnlich gut informierten Nachrichten-Mediums im Wortlaut:

„Die beiden sind quasi vom Wählerauftrag dazu bestimmt, eng zusammenzuarbeiten – und das im Landtag, der niedersächsischen Volksvertretung. In den zurückliegenden Wochen ging es um ein Konzept, mit dem sie eine stärkere Parlamentsbeteiligung an der – bisher sehr stark von der Regierung bestimmten – Corona-Politik erreichen wollen. Der Opposition reicht das nicht, aber unsere beiden Protagonisten sind zufrieden.“

Jens Nacke von der CDU und Wiard Siebels von der SPD, die beiden Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen von SPD und CDU im Landtag. Während die Fraktionsvorsitzenden die Fraktion vor allem nach außen vertreten sollen, die Grundsatzreden halten, zu aktuellen Themen Stellung nehmen und in Konfliktfällen möglichst geräuschlos eine Verständigung mit dem Koalitionspartner suchen, wirken die Parlamentarischen Geschäftsführer stärker nach innen. Der Landtagsbetrieb als solcher muss zwischen ihnen – und den Vertretern der Opposition – besprochen werden.

In diesem Sinn hatten sich Siebels und Nacke verständigt auf einen Weg, wie man in der Zeit der Corona-Pandemie ein schnelles und flexibles Handeln des Landes gewährleistet und gleichzeitig den Landtag als Volksvertretung stärker einbindet. Denn eigentlich sind Krisenmanagement und parlamentarische Beteiligung ein Gegensatz an sich, da das Wesen der Landtagsarbeit in gründlichen, lang andauernden, intensiv abwägenden und alle Gesichtspunkte in eine Entscheidung einbeziehenden Debatte besteht. In Krisenlagen aber muss schnell entschieden werden – auch um den Preis, dass die Begründung

für Einschnitte und Einschränkungen mal nicht hundertprozentig sicher ist.

Die von Nacke und Siebels entwickelte Variante

sieht nun vor, dass es weiter Aufgabe der Regierung bleibt, die Corona-Verordnungen festzulegen. Vorher wird das Parlament nach Möglichkeit über das, was dann im Kabinett entschieden werden soll, informiert – und es können Hinweise und Änderungsvorschläge vorgetragen werden. Das ist schon seit Monaten so geübte Praxis. Neu hinzukommen soll die Möglichkeit, zu Beginn jeder Landtagssitzung in einzelnen Fällen Festlegungen der Verordnung zu hinterfragen oder Änderungsanträge zu Einzelbestimmungen zu stellen, über die dann abgestimmt werden soll.

Da dies an der Mehrheitssituation nichts ändert und die Große Koalition meistens die Vorgaben der von ihr gestellten Landesregierung mitträgt, ist die Wahrscheinlichkeit häufiger Änderungen in der Praxis gering – aber immerhin soll die Möglichkeit dazu geschaffen werden. Das entspricht nicht nur dem Wunsch der Opposition nach mehr parlamentarischer Einflussnahme auf die Corona-Politik der Regierung, sondern auch der Sehnsucht der Regierungsfractionen, im politischen Geschäft des Krisenmanagements mehr zu sein als nur Zuschauer des Geschehens.

Der Opposition geht der Vorschlag von Siebels und Nacke nicht weit genug, sie wollen, dass der Landtag insgesamt über die Corona-Verordnung abstimmt und damit die Verantwortung für die Corona-Politik übernimmt – zur Not auch nachträglich. Das wäre möglich, wenn jede Corona-Verordnung in Zukunft nur gültig bleibt, solange nicht der Landtag (auch nachgelagert in der nächsten Sitzung) sie nicht ändert. Auf diesen Vorschlag indes, den FDP-Fraktionschef Stefan Birkner vehement vorträgt, haben sich Nacke und Siebels nicht eingelassen.

**RUND
BLICK**

POLITIKJOURNAL
FÜR NIEDERSACHSEN

